



Beschlüsse

des Landesparteitages
der FDP Schleswig-Holstein

am 28. März 2014

in Rendsburg, „Hohes Arsenal“

Liberales Positionsbestimmung

Die schwere Niederlage der FDP bei der Bundestagswahl 2013 erfordert neben einer sorgfältigen Analyse der Ursachen auch eine innerparteiliche Positionsbestimmung und eine organisatorische Neuaufstellung. Dabei geht es nicht um die Suche nach Schuldigen, die Belegung innerparteilicher Lagerkämpfe oder die Diskreditierung zurückliegender Entscheidungen. „Es geht vielmehr darum, unter breiter Beteiligung der Parteibasis ein gemeinsames Verständnis für die Ausrichtung und die Konsequenzen herzustellen, die nicht nur in personellen Veränderungen münden, sondern das Fundament eines organisatorischen und pro-grammatischen Neuanfangs sein sollen, der die aktive Mitgliederbasis vor allem in der Fläche verbreitert und die Attraktivität der FDP für Wählerinnen und Wählern wiederherstellt. Nur so werden wir den Wiedereinzug der FDP in den Deutschen Bundestag im Jahr 2017, in die Landtage der Bundesländer und das Wiedererstarken der kommunalen FDP erreichen.“

Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass die FDP Erwartungen – insbesondere in der Steuerpolitik - geweckt hat, die sie nicht erfüllte, ja für die sie nicht einmal mit Konsequenz eingetreten oder sichtbar geworden ist. Abrupte Veränderungen in der Regierungspolitik, wie in der Energie- oder Europapolitik, – so richtig oder falsch sie im Einzelnen gewesen sein mögen – wurden von der FDP nicht initiiert, sondern „mitgemacht“. Eigenständige Initiativen mit liberaler Handschrift wurden kaum sichtbar. Die FDP hat die Koalitionstreue in Teilen höher als ihre eigene Überzeugung bewertet und dabei in einzelnen Entscheidungen dem liberalen Grundgedanken widersprochen. Es gelang nicht, die inhaltliche Breite des Liberalismus deutlich zu machen und die Verengung auf Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen aufzuheben. Mit Positionierungen zu einigen sozialen Herausforderungen entstand darüber hinaus der fatale Eindruck, der FDP seien gewisse Bevölkerungsgruppen gleichgültig. So entstand das Bild einer unsympathischen FDP ohne Gestaltungswillen, die sich noch dazu in einer Abhängigkeit zur Union, quasi als deren „Upgrade“ definierte und als wesentliche Wahlkampfbotschaft die Ablehnung von Forderungen der politischen Konkurrenz betonte.

Diese Analyse kann nicht vollständig sein. Sie ist aber wichtig, weil sie die Herausforderung für die Zukunft deutlich macht: Die FDP hat Sympathie, Glaubwürdigkeit und vor allem Vertrauen in ihre politische Gestaltungskraft verloren. Erforderlich ist deshalb eine grundsätzliche Positionsbestimmung in einigen zentralen Politikfeldern, auf Grundlage der Karlsruher Freiheitsthese, für deren Eintreten die FDP mit Konsequenz sichtbar wird:

1. Freiheit und Liberalismus liegt die positive Lebenseinstellung zugrunde, dass die Verwirklichung eines jeden im selbstbestimmten Streben nach Glück so selbstverständlich, wie mit Verantwortung verbunden ist, die - mehr Chance als Last — dem Einzelnen gesellschaftliche Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeit erst eröffnet. Das Bekenntnis zu Freiheit und Verantwortung steht daher im Mittelpunkt liberalen Denkens und Handelns. Unser Gestaltungsauftrag ist deshalb eine Politik, die aktiv die Voraussetzungen dafür schafft, dass Menschen selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben können.

Der Liberalismus steht einem stark regulierenden staatlichen Handeln skeptisch gegenüber. Wir Liberale suchen die Lösung von Problemen nicht zuerst in staatlicher Regulierung. Denn wir wollen so viel Freiheit wie möglich, aber eben auch so viel Staat wie nötig. Unser politischer Gestaltungsauftrag erschöpft sich deshalb nicht in der Begrenzung staatlicher Aktivitäten bei Steuern, Staatsquote und Bürokratie. Er verlangt auch aktive Politik zur Herstellung von Chancengerechtigkeit, von Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildungsangebote, der auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit angelegten Umstrukturierung unseres Sozialstaates und der Gestaltung einer Wirtschaftsordnung, die möglichst allen ein wirklich selbstbestimmtes Da-sein ermöglicht.

2. Für Liberale muss es die oberste Aufgabe sein, die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze und den Schutz der individuellen Freiheit in allen Politikbereichen anzumahnen, einzuklagen und wiederherzustellen. Die FDP ist damit die Partei des liberalen Rechtsstaats, der sich gegen staatliche Willkür und überbordende staatliche Überwachung, aber auch gegen die Einschränkung der Privatsphäre durch die exzessive Datensammlung Privater stellt. Neue technische Möglichkeiten und die Kommunikationsformen der modernen Informationsgesellschaft haben beispielsweise dem Trend zur Überwachung des Einzelnen einen massiven Auftrieb verschafft. Wir Liberale sind nicht bereit, die Privatheit und die Bürgerrechte einem überzogenen Sicherheitsdenken zu opfern. Unser politischer Gestaltungsauftrag kann und darf sich aber nicht darin erschöpfen, Grundrechtsverletzungen zu kritisieren. Es ist Aufgabe des liberalen Rechtsstaats, seine Bürger vor Verletzungen seiner Bürgerrechte zu schützen. Dies gilt grundsätzlich. Gegenüber privaten „Global Playern“ genauso wie gegenüber befreundeten Staaten. Wir stehen auch in digitalen Kommunikationskanälen für Freiheit und Verantwortung und für den Schutz vor Überwachung. Dabei werden wir sicherstellen, dass die Prinzipien des Rechtsstaats in allen Bereichen Anwendung finden und durchgesetzt werden. Das gilt auch für die so genannte "virtuelle Welt" der weltweiten Datenkommunikation.
3. Liberale wenden sich als Vertreter einer offenen Gesellschaft gegen alle Formen einer unnötigen Bevormundung. Während alle anderen Parteien unter der Vorgabe - teilweise fraglos edler Motive - zeigen, dass „erzieherische“ Steuerungen durch Ge- und Verbote, prohibitive Besteuerung oder massive Subventionierung wesentliche Bestandteile ihrer Politik sind, setzen wir Liberale auf die Befähigung der mündigen Menschen zu verantwortungsbewusster Selbstbestimmung. Wenn wir auch davon überzeugt sind, dass es z.B. für einen wirksamen Umwelt-, Verbraucher- und Jugendschutz angemessener Regelungen bedarf, so wehren wir uns vehement gegen jede übertriebene Politik des „vor sich selbst geschützten Bürgers“, der dadurch letztlich jede Freiheit verliert.

Für die Liberalen ist Infrastrukturpolitik stets Chancenpolitik. Eine freiheitsorientierte, wachstumsfreundliche Politik zur Herstellung und Erhaltung einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur ist daher besonderer, liberaler Gestaltungsauftrag für eine Zukunft in gesamtgesellschaftlichem Wohlstand. Nur sie vermittelt gleiche Entwicklungschancen für alle Regionen der Bundesrepublik und garantiert damit eine breite gesellschaftliche Teilhabe an grundlegenden Funktionen öffentlicher Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Investitionen in leistungsfähige Verkehrswege, Straßen, Schienen und Wasserwege, Ver- und Entsorgungssysteme, Forschungs-

und Produktionsstandorte sowie schnelle, flächendeckende und sichere Kommunikationsnetze sind dafür ebenso notwendige Voraussetzung, wie die Schaffung effizienter Rechtsgrundlagen und Verfahren für eine durch exzellente Ingenieurskunst ausgeführte, öffentlich oder privatwirtschaftlich erstellte.

4. Die FDP steht für die soziale Marktwirtschaft. Privateigentum, Vertragsfreiheit, Tarifautonomie, Eigeninitiative, Fleiß und Kreativität sind die Grundlagen dieser Wirtschaftsordnung. Ein Wettbewerb, der sich mit möglichst geringen staatlichen Eingriffen entfalten kann, schafft Beschäftigung und Wohlstand für möglichst viele Bürger. Gerade ein breiter, leistungsfähiger Mittelstand schafft Chancen für alle, mit Kreativität, Eigeninitiative und Fleiß ihre wirtschaftliche Zukunft zu gestalten.

Wir wollen keinen unternehmerisch tätigen Staat und keine ausufernden Subventionsleistungen. Menschen und Unternehmen brauchen auch finanzielle Freiheiten, um sich und ihr Potential zu entfalten. Dazu gehört der Schutz von vorhandenem Eigentum genauso, wie die Möglichkeit überhaupt Eigentum erwerben zu können. Deshalb wollen wir, dass die Bildung privaten Eigentums leichter und für mehr Menschen möglich ist. Denn Eigentum bedeutet für den einzelnen größere wirtschaftliche Unabhängigkeit und dadurch mehr individuelle Freiheit. Hierbei muss aber auch der Grundsatz gelten, dass Eigentum verpflichtet und Eigentum auch zur Wahrnehmung von Verantwortung, auch gegenüber der Gesellschaft verpflichtet. Gründer, Forscher, Künstler und Kreative sind natürliche Freunde des Liberalismus und müssen als solche wieder gewonnen werden.

Ein freier Markt ist allerdings kein Selbstzweck. Denn Freiheit, die auf der Einschränkung der Freiheit anderer beruht, bedarf der Begrenzung. Nicht erst die jüngsten Krisen der Finanzmärkte haben gezeigt, dass Märkte eben nicht immer „alles von selbst regeln“, sondern auch gesamtwirtschaftliche Destabilisierung bewirken können. Einer sozialen Marktwirtschaft sind deshalb staatliche Interventionen nicht fremd, schon um überbordende Machtkonzentration zu verhindern und verbindliche Wettbewerbsregelungen zu formulieren. Wir wollen dabei die Märkte nicht in Ketten legen, sondern nur dort eingreifen, wo Märkte versagen, durch Interventionen volkswirtschaftliche Schäden vermieden werden sollen oder Regelungen helfen, Krisen weniger wahrscheinlich zu machen. In diesem Geiste wollen wir eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung weiterentwickeln, die den Fleißigen und nicht den Rücksichtslosen belohnt. Im Übrigen stellt die FDP fest, dass hohe Staatsbeteiligungen an Unternehmen keineswegs einen Schutz vor Missmanagement und volkswirtschaftlich negativen Auswirkungen darstellen. Die Krise der Landesbanken und anderer staatlich beeinflusster Banken sowie viele staatliche Projekte wie z.B. der Berliner Flughafen zeigen deutlich, dass der Staat eben (auch) nicht der bessere Unternehmer ist.

5. Wir Liberalen wollen einen finanziell gesunden Staat. Die hinreichende Finanzausstattung der öffentlichen Hand ist daher liberales Kernanliegen, das Gebot fiskalpolitischer Verantwortung und Disziplin für die FDP Maßstab einer aufgaben- und ausgabenkritischen Haushaltsführung auf jeder staatlichen Ebene. Teure Gefälligkeitpolitik, die regelmäßig mehr ausgibt als sie einnimmt, führt den Staat immer weiter in die Abhängigkeit der Finanzmärkte und verspielt damit ihre Handlungsfähigkeit und die Zukunft künftiger Generationen.

6. Wir Liberalen stehen für eine Zukunft Deutschlands in einem geeinten Europa. Denn die Bestrebungen zur Einigung in Europa waren zunächst Stabilisator für Frieden auf unserem Kontinent, sind heute auch Basis unseres Wohlstands und sichern uns in einer globalisierten Welt eine hörbare und ernstzunehmende Stimme. Wir sind davon überzeugt, dass Europa langfristig auf der Basis einer gemeinsamen Verfassung ein föderaler Bundesstaat werden sollte. Dieser Weg mag noch weit sein, aber er ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in eine nationalstaatliche Kleinstaaterei. Schritt für Schritt wollen wir den Weg zum föderal strukturierten Bundesstaat schon heute begehen, indem wir die europäische Integration weiter vorantreiben. Zu einer vertieften Integration gehört eine zügige Fortschreibung der Verträge nach der Europawahl durch Einberufung eines Konvents, der nicht nur aus Parlamentariern und Regierungsvertretern besteht, sondern auch aus Vertretern der Zivilgesellschaften. Auf diesem Wege wollen wir die Diskussionen um eine europäische Verfassung wie-der beleben und behutsam fortentwickeln.

Bis zur Realisierung dieser Vision ist es notwendig, die europäischen Institutionen weiter zu demokratisieren und die Rechte des Europäischen Parlaments zu stärken. Es bedarf einer klaren Kompetenzabgrenzung und -zuweisung, die auf der europäischen Ebene wirklich nur die zentral zu koordinierenden Fragestellungen belässt und im Sinne der Subsidiarität den nationalen und regionalen Ebenen klare Verantwortungen zuweist. Auch dadurch werden wir eine überbordende europäische Bürokratisierung zurückdrängen. Europa muss aufhören sich um die kleinen Dinge zu kümmern. Vielmehr muss es die Grundlage für eine gesamteuropäische Politik in den wichtigen Bereichen schaffen, statt sich ständig gängelnd in die Belange der Bürger Europas einzumischen. Wir Liberale stehen für die konsequente Verwirklichung der vier europäischen Grundfreiheiten: Personenfreizügigkeit, Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Freiheit des Zahlungsverkehrs. Europa muss allen Europäern die Chance auf Verwirklichung und Wohlstand geben. Auch für Europa gilt: staatliche Bevormundung lehnen wir Liberalen ab. Es kann und darf nicht der Sinn des europäischen Zusammenwachsens sein, alle denkbaren Lebensbereiche per Gesetz oder Verordnung zu regeln. Auch in Europa muss die verantwortungsbewusste Selbstbestimmung des mündigen Bürgers Vorrang haben.

Wir Liberale sind davon überzeugt, dass die Stabilisierung und Erhaltung des Euro als Gemeinschaftswährung nicht nur auf dem Weg zur europäischen Integration von großer Bedeutung, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen für Deutschland und Europa richtig ist. Die Erhaltung der Geldwertstabilität liegt auch im Interesse der deutschen Rentner und Sparer. Wir stehen zu der bisher verfolgten Politik zur Rettung des Euro. Für die Zukunft muss aber sichergestellt werden, dass einzelne Staatsinsolvenzen möglich sind, ohne, dass es zu einer Destabilisierung der umliegenden Wirtschaften kommt. Dafür brauchen wir ein europäisches Insolvenzverfahren für Staaten. Das Ziel dieses Verfahrens muss die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des betreffenden Staates sein. Des Weiteren halten wir an einer konsequenten Umsetzung der „No-Bailout“-Regel fest. Die Hoffnung auf Unterstützung durch andere Mitgliedstaaten bei schlechter Bonität setzt falsche Anreize bei der nationalen Haushaltsführung und dämpft die Bereitschaft für notwendige Reformen.

Eine europäische Wachstumspolitik als „Marshallplan“, z.B. mit einem zielgerichteten Ausbau der Ausbildungs- und Verkehrsinfrastruktur und mit dem Instrument der Förderbanken für kleinere und mittlere Unternehmen, würde den Stabilisierungsprozess stärken und beschleunigen.

7. Für uns Liberale ist es ein Gebot der Humanität, dass wir als Gemeinschaft hilfsbedürftige Menschen unterstützen. Die FDP lässt den Einzelnen zwar in Ruhe, aber sie lässt ihn nicht im Stich: Sie hilft zielgerichtet den Menschen, die wirklich auf Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind. Das Ziel dieser sozialen Leistungen muss es allerdings sein, je nach Möglichkeit jedem eine neue Perspektive für ein eigenverantwortliches und unabhängiges Leben zu verschaffen. Dauerhafte staatliche Fürsorge bedeutet dauerhafte staatliche Bevormundung. Wir wollen aber keine Abhängigkeiten und Entsolidarisierungen befördern, sondern ein würdevolles gesellschaftliches Mit-einander ermöglichen. Damit ist Sozialpolitik für Liberale keine Almosenpolitik, sondern ein Gebot unserer Vorstellung vom Menschen als selbstbestimmtes Individuum.
8. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft und die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Bildungsinfrastruktur, die für jeden zugänglich ist und jedem Aufstiegschancen bietet, sind für Liberale die Grundlage der Selbstverwirklichungsmöglichkeit jedes Einzelnen. Wir wissen allerdings, dass bisherige Ansätze zur Herstellung der Chancengerechtigkeit nicht dafür sorgen konnten, für Kinder aller sozialen Milieus tatsächlich gleichwertige Startchancen zu gewährleisten. Daran werden wir zur Fortentwicklung unseres Bildungssystems arbeiten müssen. Für alle Bildungseinrichtungen gilt dabei, dass es uns darum geht, selbstständige und verantwortungsbewusste Persönlichkeiten herauszubilden, die nach ihren Talenten gefördert werden. Deshalb sind wir gegen jede Form von Gleichmacherei. Dafür brauchen die Bildungseinrichtungen mehr Autonomie und Freiraum bei der Ausgestaltung des Wegs zum Erfolg. Wir setzen auf Vielfalt in der Bildungslandschaft, die jedem Schüler und jeder Schülerin die nötige Förderung bietet und alle auf ihren individuellen Leistungsstand unterstützt. Ideologische Grabenkämpfe zwischen den Landtagswahlen waren gestern, Autonomie, Vielfalt und Qualität in der Bildungspolitik sind die Zukunft. Die FDP setzt sich mit einer zeitgemäßen Familienpolitik für die Familien in unterschiedlichen Lebensentwürfen ein.

Wir Liberale treten dafür ein, der Forschungs- und Fortschrittsfeindlichkeit in unserem Land zu widerstehen. Gesellschaft und Forschung müssen zum Dialog bereit sein. Wissenschaft und Forschung basieren auf einer freien Weiterentwicklung des Wissens und der Neugierde der Wissenschaftler. Wir können uns nicht leisten, die besten Know-how-Träger ins Ausland abwandern zu sehen, wo sie das erforschen und entwickeln, was bei uns zu erforschen verhindert werden sollte.

Toleranz ist ein Kernelement des Liberalismus. Toleranz ist aber kein abstraktes Gebilde, sondern muss tagtäglich gelebt werden. Wir können nicht Toleranz predigen, aber selbst untereinander und zu anderen zunehmend intolerant sein. Andere politische Ideen und Vorstellungen, andere Lebensentwürfe, aber auch andere Lebens- und Alltagsgestaltungen sind genauso berechtigt wie die eigenen, solange sie nicht im Widerspruch zur freiheitlich, demokratischen Grundordnung stehen. Das

sollte sich im alltäglichen Umgang miteinander, in der Kommunikation und Debattenkultur widerspiegeln.

9. In der Umweltpolitik sehen die Liberalen ihre Verantwortung für diese und die folgenden Generationen und setzen sich insbesondere für einen schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen ein. Die FDP wird ihre ökologische Kompetenz zukünftig besser nach außen darstellen und sich vermehrt in dieses immer wichtiger werdende Gebiet einbringen.

Die FDP muss sich in den kommenden Jahren der Diskussion um die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft engagiert und aktiv widmen. Sie muss dabei auch neue Antworten auf Fragen diskutieren, die nicht durch die Tagespolitik bestimmt werden. Die Herausforderungen des soziodemographischen Wandels, die Chancen und Risiken steigender Zuwanderung und die Integration der Mitbürger mit Migrationshintergrund, die Wahrnehmung sozialer und ökologischer Verantwortung in einer vernünftigen Balance zu wirtschaftlichen Interessen und Erfordernissen, die Rolle Europas in einer globalisierten Welt: All dies – und viele ungenannte mehr – sind Themenfelder, in denen statische Antworten aus der Vergangenheit keine hinreichenden Lösungen für die Zukunft bieten. Nur in der offenen Diskussion solcher Themenfelder kann die FDP eine Attraktivität erlangen, die Voraussetzung für ihre Wahrnehmbarkeit und die Bindung interessierter Menschen an die Partei ist.

Dazu bedarf es einer offenen und respektvollen Diskussionskultur auf allen Ebenen und der Schaffung von Plattformen für diese inhaltlichen Diskussionen, sowohl in echten Gesprächskreisen, als auch unter Nutzung moderner Kommunikationstechnologien. Die FDP ist die Partei der Meinungspluralität, Querdenker und Freigeister. Dieses Alleinstellungsmerkmal der FDP, aus der kreative und sehr verschiedene Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme entstehen, gilt es zu bestärken und offen zu kommunizieren. Produktiver Streit macht die FDP dabei spannend und innovativ. Und sie kann die Liberalen als eine sympathische Partei positionieren, die sich nicht vorrangig mit sich selbst, sondern mit den Problemen und Sorgen der Menschen in unserem Land beschäftigt. Eine FDP, die Souveränität wiedererlangt und die eigenständige Bedeutung einer liberalen Partei für Deutschland untermauert.

Keine zusätzliche Kammer
Keine zusätzlichen Kosten
Keine zusätzliche Bürokratie

Die FDP Schleswig-Holstein lehnt die Einführung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein ab.

Kommunales Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus Nicht-EU-Ländern

Das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene ist wichtig für eine gelungene Integration von Drittstaatsangehörigen.

Deshalb fordert die FDP Schleswig-Holstein, dass sich die Landesregierung Schleswig-Holstein auf Bundesebene weiter aktiv für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für hier lebende Bürgerinnen und Bürger, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch die eines anderen EU-Mitgliedstaats besitzen, einsetzt.

Wer Teil unserer Gesellschaft ist, das gesellschaftliche und kulturelle Leben prägt, gleichermaßen Steuern zahlt und gleichermaßen von demokratischen Entscheidungen betroffen ist, muss auch an der wichtigsten Form der politischen Partizipation – den Wahlen – teilnehmen können.